

gegen den sich ständischer Widerstand richtete, nur sehr wenig mit dem Hobbeschen Leviathan zu tun und schließlich gab es so etwas wie eine dezidiert konservative Hobbes-Rezeption, die Schmitz nicht anspricht. Anschließend wird der „Frühkonservatismus“ eines Möser und eines Rehberg mit Rousseau kontrastiert und die politische Romantik als konservative Denkrichtung vorgestellt.

Nach einem kurzen Exkurs zum Konservatismus außerhalb Deutschlands, dem allerdings diese Bezeichnung eigentlich nicht zugebilligt wird („amerikanischer Rechtsliberalismus“, „britischer Traditionalismus“, „französischer Legitimus“, wozu einiges zu sagen wäre) schlägt die Darstellung um in eine Parteiengeschichte des Konservatismus in Deutschland, die wiederum die einzelnen Etappen der Formierung, der Spaltung und schließlich des Endes 1918 nachzeichnet; dabei wird vieles, etwa die ganz gegensätzlichen preußisch-protestantischen und katholischen Konservatismen, kaum beleuchtet.

Die DNVP der Weimarer Republik wird von Schmitz als nur noch partiell konservative Sammelbewegung eingeordnet, er interessiert sich mehr für die zum Scheitern verurteilten Versuche, (hoch- oder volks-) konservative Abspaltungen parteipolitisch zu etablieren. Das zeigt, dass er den Wesenswandel des Konservatismus im Kaiserreich, der sich aus ganz vordergründig elektoralen Gründen, aber auch aus einer gewissen weltanschaulichen Affinität dem bürgerlichen, z.T. völkischen Nationalismus stark angenähert hatte, nicht wirklich erfasst hat. Dieser Wandel des Konservatismus wurde im Ersten Weltkrieg in dem Verbindungsstück zwischen der kaiserlichen und der Weimarer Rechten, der Vaterlandspartei von 1917/18, die in der Darstellung gar nicht erwähnt wird, deutlich und wirkte in der Weimarer Zeit weiter. Der konservative Widerstand gegen Hitler wird dagegen sehr treffend charakterisiert, sowohl in seiner Opferbereitschaft wie auch in seinen zum Teil deutlich rückwärts gewandten politischen Konzepten.

Einen interessanten Akzent setzt der Autor schließlich in der Darstellung des Konservatismus in der Bundesrepublik. Er folgt im Wesentlichen der Darstellung von Frank Bösch, wenn er zeigt, wie die „Adenauer-CDU“ sich ganz gezielt und ziemlich erfolgreich bemühte, die konservativen Kleinparteien wie die Deutsche Partei und den BHE zu „schlucken“. Allerdings weist er mit kritischem Unterton darauf hin, dass die Union mit diesem Erbe wenig anzufangen

wusste. Zwar bekenne sie sich in allen Grundsatzprogrammen zu den christlich-sozialen, den liberalen und eben den konservativen Wurzeln, wobei es aber kaum gelungen sei (auch nicht in Manifesten zum „modernen bürgerlichen Konservatismus“), letzteres mit Inhalten zu füllen. Gegenwärtig sieht Schmitz Chancen für konservatives Denken in der Bio-Ethik-Debatte sowie in den Debatten um die Neujustierung des Sozialstaats und den Umfang der Staatstätigkeit allgemein.

Dieses mit vielen Abbildungen, Kästen und kommentierten Literaturempfehlungen didaktisch gut aufbereitete Lehrbuch zeigt exemplarisch, wie schwierig es ist, eine komplexe Materie so für Studienanfänger aufzubereiten, dass diese nicht überfordert werden, ohne dabei allzu viele Differenzierungen und Probleme unter den Tisch fallen zu lassen.

Jena

Torsten Oppeland

Kritische Politische Philosophie

James Tully: Public Philosophy in a New Key, vol.1: Democracy and Civic Freedom, 360 S.; vol.2: Imperialism and Civic Freedom, 353 S., Cambridge UP, Cambridge 2008.

James Tully gehört seit dem Erscheinen von „Strange Multiplicity“ zu den am meisten diskutierten und zitierten Autoren der Debatte um Konstitutionalisierung und Multikulturalität. In dieser steht er für eine rigoros ‚politische‘ Lesart von Konstitutionalisierung, einer Lesart, die nicht nach Gerechtigkeitsprinzipien und Anerkennungsgründen sucht, sondern die in der Dynamik politischer Auseinandersetzung und der beständigen Kompromissuche die einzig stabile und letztlich richtige Form des Zusammenlebens erkennt. Tully schaffte es damit früh, die in den letzten Jahren immer stärker werdende Hinwendung zu Themen wie *citizenship* und Politisierung zu besetzen. Die 2008 erschienenen Bände von „Public Philosophy in a New Key“ bieten nun ein Resümee seiner Theorieentwicklung. Sie versammeln die Schlüsselaufsätze Tullys der letzten Dekade, wobei einzig der das Werk beschließende Aufsatz eigens für die voluminöse Zusammenfassung der Theorie geschrieben wurde. Zusammen gewähren die Bände einen reichen Überblick über die Breite und Prägnanz von Tullys Philosophie. Die Bände sind in fünf inhaltliche Teile gegliedert, die

durch vier Aufsätze verbunden werden, die Argumente zusammenfassen und Brückenschläge versuchen. Der erste Band enthält Tullys Schriften zu Demokratie und Anerkennung und seine Auseinandersetzung mit indigenen Bevölkerungsgruppen; der zweite die Analysen zu Global Governance sowie zum Imperialismus. Dieser Einteilung soll in den folgenden Abschnitten dieser Rezension gefolgt werden, bevor abschließend eine Würdigung des Gesamtprojektes versucht wird.

Der programmatische Aufsatz „Public philosophy as a critical activity“ leitet den ersten Teil ein. In diesem wird die Zurückweisung von Großtheorien und fundamentalen Begründungen eingefordert und stattdessen politischen Theorie als Reflexion von kontingenter Praxis gefordert. Politische Theorie selbst wird damit als Praxis – als Kritik – verstanden, die in einem dynamischen Umfeld konkurrierende Behauptungen zu verstehen und selbst wieder zu ermöglichen suchen soll. Auf welche politische Philosophie man für ein solches Unternehmen zurückgreifen kann, wird in den beiden anschließenden Aufsätzen ausbuchstabiert: Tully distanziert sich hier explizit von Jürgen Habermas, dessen Diskurstheorie er als zu sehr an Vorstellungen der Wahrheitssuche und Versöhnung orientiert sieht; und setzt hiergegen einen Bezug auf Wittgenstein, dessen Sprachphilosophie für Tullys Verständnis der Konstitution von Bedeutung durch Praxis zentral ist, und Foucault, dessen Schriften ihm als machtheoretisch bewusstere Möglichkeit kritische Theorie zu üben gelten.

Die Anwendung einer auf Praxen bezogenen, an Kontingenz und Kritik anschließenden Philosophie auf Fragen der Demokratietheorie wird im zweiten Teil unternommen. An dessen Anfang steht eine prägnante Ausführung über die agonistische Freiheit der Bürger. In Auseinandersetzung mit Hannah Arendt rückt Tully hier die aktive Ausübung der Freiheit als konstituierenden Akt der Demokratie in den Vordergrund. Bürgerschaftliche Partizipation wird als konflikthafter, darüber aber erst Anerkennung ermöglichender Grundmodus des Politischen eingeführt. Die Bedeutung von Aktivität erschöpft sich dabei nicht in der Befriedigung von Bedürfnissen, vielmehr – und dies ist auch das zentrale Argument der beiden folgenden Aufsätze – ist politische Partizipation ein konstitutiver Akt, in ihr werden Bedeutung und Anschlussmöglichkeiten geschaffen. Anders als in partizipatorischen Demokratietheorien ist dabei nicht an die Erkenntnis eines Gemeinsamen, sondern an

Unterschiede und die Möglichkeit von Auseinandersetzung gedacht: „What shapes and holds individuals and groups together as 'citizens' and 'peoples' is not this or that agreement but the free agonic activities of participation themselves.“ (Bd. I, S. 147). Gewährleistet werden kann solch eine aktivistisch orientierte Politik dabei nicht allein durch negative Rechte, ihr muss vielmehr durch die Diversität der Foren und Ebenen – von lokalen/kommunalen Initiativen über zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zu föderalen oder regionalen Arenen – Raum gegeben werden. Ein Raum, in dem Positionierung und die sensiblen Etablierung von Differenz (auch Differenz innerhalb von Gruppen) immer wieder möglich wird.

Was damit gemeint ist, wird im dritten Teil klarer: In zwei Aufsätze beschäftigt sich Tully hier mit dem Status der Ureinwohner Kanadas. Seine Überlegungen gehen dabei auf die eigene Beteiligung in der Kommission zur verfassungsrechtlichen Anerkennung der indigenen Bevölkerung zurück, was Tullys Selbstverständnis nicht nur eine öffentliche, sondern auch eine öffentlich engagierte Philosophie zu schreiben, unterstreicht. Im ersten Aufsatz reflektiert Tully die Prinzipien, die das Zusammenleben in einem mehrere Nationen umfassenden Staat anleiten sollen und liefert somit eine Erläuterung der Empfehlungen der Kommission. Er füllt Formeln wie wechselseitige Anerkennung und Verantwortung mit lebensweltlichen Kontexten und argumentiert, dass formelle Gleichberechtigung nur ein erster Schritt sei und dass die Beteiligung an der Aushandlung der Prinzipien und der gemeinsame Vertragsschluss entscheidend seien. Der zweite Text hält an den Prämissen fest, ist jedoch mit mehr Abstand geschrieben und macht die Schwierigkeiten explizit, die bei der Aushandlung und Durchsetzung des neuen Status auftreten. Hier zeigt sich der Gewinn einer praxisorientierten Philosophie, die eben nicht nur die Norm und deren Begründbarkeit, sondern immer auch die Dynamiken der Pluralität beachtet.

Die Erweiterung dieser Ideen im zweiten Band besteht darin, dass der Blick nun über den nationalstaatlichen Kontext hinaus auf die Ebene überstaatlicher politischer Zusammenhänge wandert. Zunächst geschieht dies in vier Aufsätzen, die sich mit „Global Governance and Practices of Freedom“ beschäftigen. Herausstechend sind dabei zwei Aufsätze: Zum einen „Democracy and globalisation: a defeasible sketch“, in dem Tully sehr pointiert zwei Formen von Demokratie unterscheidet, wobei er die re-

präsentative Form, die sich im Nationalstaat ausgeprägt hat, als eine restriktive, in vielerlei Hinsicht auf Kontrolle setzende Form kennzeichnet. Von dieser abgesetzt behandelt er eine extensive Form der Demokratisierung, die sich von unten, von der Zivilgesellschaft her ergibt und die durch vielfältige Vernetzungspraxen jenseits einer hierarchisierenden Ordnung gekennzeichnet ist. Die Analyse dieser Formen dürfe sich daher auch nicht unmittelbar auf das politische System als Organisation kaprizieren. Diesen Gedanken weiter vertiefend und in ein stärker politiktheoretisches Panorama einordnend, argumentiert Tully dann im Aufsatz über die Unfreiheit der Modernen im Vergleich zu ihren konstitutionellen Idealen (und damit in einer klugen Aktualisierung von Benjamin Constants klassischem Text), dass das Ideal der Demokratie in den repräsentativen Strukturen, mit dem es mehr und mehr synonym gesetzt werde, nicht zu realisieren sei. Neben theoretischen Widersprüchen und Spannungen benennt er die Erschöpfung der Form angesichts der Pluralisierung von Gesellschaften und der Überformung des nationalen Containers durch die Mehrebenenstruktur globalen Regierens als Ursachen. In Reaktion auf die immer stärker aufbrechende Diversität dürfe man nicht erneut versuchen, vom Ganzen her zu ordnen, sondern müsse Raum lassen für die Evolution von bürgerschaftlichen Praxen.

Stärker empirisch wird diese Diagnose in den drei Beiträgen zur Imperialismustheorie gewendet. Tullys Intention ist es hier, den Imperialismusbegriff so zu erweitern, dass er nicht nur offensichtlich unterdrückende, koloniale Herrschaftspraxen zu fassen kriegt, sondern auch die durch die Dominanz liberal-repräsentativer Formen stattfindende normative Abwertung anders organisierter lokaler Entwicklungen hervortritt. Ein Heraustreten aus dem dichten Netz der Sprachspiele der westlichen Tradition erscheint ihm nötig, um die Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten aufzudecken, die durch die universalistisch verbrämte Theorie bewirkt werden.

Der einzige bisher unveröffentlichten Beitrag, „A new field of democracy and civic freedom“, führt die Gedanken der beiden Bände abschließend zusammen. Tully versucht hier eine systematische Ausarbeitung des Begriffs ‚civic freedom‘, welcher den kritischen wie den konstruktiven Gehalt seiner Theorie in komprimierter Form enthalten soll. Abgegrenzt von *civil freedom*, dem Freiheitsbegriff der liberal-repräsentativen Tradition, wird *civic freedom* verstanden als „freedom of negotiating and de-

mocratizing in and over the always less-than-ideal-relationships in which we live and breathe and become who we are. The only guarantee of freedom and democracy is, not surprisingly, the daily cooperative practices of democratic freedom in webs of relationships and on the fields of possibilities they disclose“ (Bd. II, S. 283). Für den philosophischen Beobachter setzt das Eintreten für dieses Ideal voraus, dass er den Blick auf die kleinteiligen und diversen Prozesse bürgerschaftlichen Engagements der Gegenwart öffnet und nicht unkritisch die überlieferten Analysekatagorien übernimmt.

Das Leitmotiv Tullys, Bürgerschaft über Handeln und nicht allein über Rechte und Zugehörigkeitsnormen zu verstehen, gewinnt somit gerade in Bezug auf die postnationale Konstellation eine hohe Plausibilität. Genau hier muss jedoch auch eine Kritik von diesem Ansatz ansetzen: Das Bemühen, eine Theorie des Politischen und nicht der Politik vorzulegen, bleibt gerade an jenen Stellen schwammig, wo er in der Ablehnung von Vorabfestlegungen und Institutionen die Dynamik politischer Auseinandersetzungen idealisiert. Tullys Insistieren auf einer öffentlichen Philosophie ist weder so revolutionär, wie er sie in Kontrastierung zum analytischen Mainstream angelsächsischer Philosophie und einem sehr eindimensional gelesenen Habermas zu verkaufen versucht, noch gelingt es ihr bei aller Bezogenheit auf Beispiele die Voraussetzungen und Abläufe politischen Handelns klarer zu fassen als beispielsweise poststrukturalistischen Theorien. Die Bedeutung institutioneller Einbettung wird sträflich unterschätzt und zentrale Fragen wie die nach der Motivation von Beteiligung, dem Umgang mit Enttäuschungen oder dem Schutz vor Übervorteilung werden nur angedeutet, nicht systematisch entwickelt.

Frankfurt am Main

Thorsten Thiel

Geschlechternormen

Christa Binswanger/Margaret Bridges/Brigitte Schnegg/Doris Wastl-Walter (Hrsg.): Gender Scripts. Widerspenstige Aneignungen von Geschlechternormen, 279 S., Campus, Frankfurt am Main 2009.

Wie deutlich es der anhaltenden Rede vom ‚Bedeutungsverlust‘ der Kategorie Geschlecht zu widersprechen gilt, zeigt einmal mehr der vorliegende Sammelband. Geschlecht ist ohne